



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 16. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 14.05.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:00 Uhr bis 22:11 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Jürgen Banzer

CDU

Holger Bellino
Dr. Dagmar Charrier
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Agnes Gerecht
Kerstin Giger
Alexander Hees
Alexander Hetjes
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Markus Koob
Claudia Kott
Elvy Mäkitalo
Katja Metz
Susanne Odenweller
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer
Sebastian Sommer
Bettina Theissig

bis TOP 5.6 (20:53 Uhr)

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Hans-Georg Brum
Beate Denfeld
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Rebecca Schmidt
Bernhard Schneider
Dr. Nico Sturm
Dr. Stephan Wetzel

ab TOP 3.4 (17:22 Uhr)

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht	ab TOP 3.5 (17:10 Uhr)
Laura Burkart	
Norman Dießner	bis TOP 5.5 (20:15 Uhr)
Ellen Enslin	
Carsten Filges	
Christina Herr	
Inge-Lore Kausen	
Lars Keitel	bis TOP 5.2 (18:56 Uhr)
Hadmut Lindenblatt	
Dirk Sitzmann	

FDP

Katja Adler	
Holger Grupe	bis TOP 5.7 (21:19 Uhr)
Philipp Herbold	
Heike Kolter	
Dr. Stefan Naas	
Dagmar Reuter	
Ulrike Schmidt-Fleischer	
Franz Tauber	

AfD

Michael Dill	
Birgit Grohne-Münch	bis TOP 5.6 (21:04 Uhr)
Thomas Langnickel	
Peter Lutz	
Peter Münch	
Andreas Sell	
Dr. Ileana Aura Vogel	

FWG

Andreas Bernhardt	
Karin Birk-Lemper	ab TOP 3.4 (17:22 Uhr)
Götz Esser	
Hellwig Herber	bis TOP 5.6 (21:03 Uhr)
Renzo Sechi	

DIE LINKE.

Werner Frey	bis TOP 5.7 (21:24 Uhr)
Okan Karasu	bis TOP 5.7 (21:20 Uhr)

parteilos

Andreas Moses	bis TOP 5.9 (21:43 Uhr)
Kim-Philipp Nowak	

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft

Katrin Hechler
Gerd Arenz
Matthias Bergmeier
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Andrea Pfäfflin
Wolfgang Schmitt
Dr. Regina Sell

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Nina Huwig
Brit Kerfien

Entschuldigt

CDU

Dr. Frank Ausbüttel

SPD

Petra Fuhrmann

AfD

Michael Beyerbach

Kreisausschuss

Andrea Conrad
Bert Worbs

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 15. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- drei Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
- neun Änderungsanträge
- Anschreiben § 26a HGO
- IGS-Live Magazin
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer würdigt die Verdienste des verstorbenen Kreisbeigeordneten Oscar Müller.

Der Kreistag erhebt sich in Gedenken an Herrn Müller und hält für eine Schweigeminute inne.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	Mitteilungen	

1.1. Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

Die Wahlen zu den Tagesordnungspunkten **3.1, 3.2 + 3.3** werden **per Akklamation** durchgeführt.

Es wird vereinbart, folgende Tagesordnungspunkte **ohne Aussprache** zu behandeln:

3.5 und **3.6**

Es wird vereinbart, folgende Tagesordnungspunkte **mit Aussprache** zu behandeln:

3.4 sowie die Anträge **5.1 bis 5.12**

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

./.

1.3. Mitteilungen der Ausschüsse

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration ,
- des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt sowie
- des Haupt- und Finanzausschusses

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. Fragestunde

./.

3. Vorlagen des Kreisausschusses

3.1. Wahl einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag 2018/0524/KT

Der Kreistag wählt einstimmig per Akklamation Frau Nina Huwig zur stellvertretenden Schriftführerin des Kreistages.

Die Gewählte nimmt die Wahl an.

3.2. Wahl einer Patientenfürsprecherin für das St. Josef Krankenhaus in Königstein im Taunus 2018/0489/KA

Der Kreistag wählt einstimmig per Akklamation Frau Alida van Veldhuizen zur Patientenfürsprecherin des St. Josef Krankenhauses in Königstein im Taunus für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages.

3.3. Wahl der Vertrauenspersonen für die bei den Amtsgerichten zu bildenden Schöffenhwahlausschüsse zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 01.01.2019 – 31.12.2023 2018/0471/KA/1

Der Kreistag wählt einstimmig für die bei der Wahl der Schöffinnen/Schöffen und Jugendschöffinnen/Jugendschöffen im Bereich des Amtsgerichtsbezirks Bad Homburg v. d. Höhe und des Amtsgerichtsbezirks Königstein im Taunus zu bildenden Ausschüsse, die in den beiliegenden zwei Gemeinschaftslisten aufgeführten Vertrauenspersonen (Anlage I).

3.5. Jahresabschluss 2016 und Lagebericht der Oberurseler Werkstätten für Behinderte 2018/0510/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (10), FDP (8), AfD (7), FWG (4), DIE LINKE. (2), Moses (1), Nowak (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Jahresabschluss 2016 der Oberurseler Werkstätten für Behinderte – Eigenbetrieb des Hochtaunuskreises – wird gem. § 5 Nr. 11 und § 27 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz festgestellt.

Der im Jahresabschluss ausgewiesene Überschuss in Höhe von 610.765,33 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

**3.6. KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH:
Aufnahme neuer Gesellschafter**

2018/0511/KA

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (11), GRÜNE (10), FDP (8), AfD (7), FWG (4), DIE LINKE. (2),
Moses (1)
Nein: ./.
Enthaltung: AfD (3), Nowak (1)

gefasster Beschluss

1. Der Abtretung der von der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH gehaltenen Geschäftsanteile in Höhe von 50,00 € an die Gemeinde Glauburg wird zugestimmt, so dass diese – vorbehaltlich ihrer Gremienbeschlüsse – zum 1.1.2018 Gesellschafterin der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH werden kann.
2. Der Hochtaunuskreis verzichtet als Gesellschafter auf sein Vorkaufsrecht nach § 13 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH.
3. Einer entsprechenden Anpassung der Auflistung der Gesellschafter/innen in § 3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH wird zugestimmt.

3.4. Fortschreibung des Leitbildes; Leben in Vielfalt im Hochtaunuskreis

2018/0503/KA

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler eröffnet mit ihrem Redebeitrag die Aussprache.

Anschließend beteiligen sich folgende Personen an der Beratung der Vorlage:

Herr Dr. Sturm, Herr Dill, Herr Dießner, Frau Giger, Frau Dr. Vogel, Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Herr Karasu, Herr Dr. Naas, Herr Sechi, Herr Dr. Sturm und Herr Lutz.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer erteilt Herrn Karasu gemäß § 37 Geschäftsordnung des Kreistages eine Rüge (Ruf zur Ordnung) mit dem Hinweis, es sei unparlamentarisch während der Rede von Herrn Lutz mit dem Wort „Bullshit“ zu reagieren.

Anschließend spricht Herr Seel.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (5), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
Nein: AfD (7), Nowak (1)
Enthaltung: FDP (3)

gefasster Beschluss

Die vorliegende Fortschreibung des Leitbildes „Leben in Vielfalt im Hochtaunuskreis“ wird beschlossen.

Die Fortschreibung des Leitbildes ist die Grundlage für die zukünftige Integrationsarbeit des Hochtaunuskreises und den kommenden interkulturellen Dialog mit den Bürgern und Verbänden.

4. **Vorlagen der Ausschüsse**

./.

5. **Anträge**

5.1. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Evaluierung der Genehmigungspraxis im Bauamt**

2018/0516/KT

Herr Grupe begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Anschließend folgt ein Wortbeitrag von Herrn Sechi.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag beschließt, die Genehmigungspraxis im Bauamt des Hochtaunuskreises zu überprüfen. Der Kreisausschuss wird daher gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt eine Übersicht über die nachfolgenden Sachverhalte und Einzelfragen vorzulegen:

- Entwicklung des Stellenplans in Bezug auf das Bauamt
- Derzeit offene Stellen
- Offene Stellen nach Voraussetzungen im Hinblick auf Berufserfahrung bzw. Qualifikation
- Durchschnittliche Personal-Fehltage pro Jahr, sowie gesamte Fehltage pro Jahr
- Durchschnittliche Dauer für die Besetzung einer offenen Position
- Anforderungsprofil für einen qualifizierten Sachbearbeiter
- Anzahl der insg. zu bearbeitenden Anträge und Anfragen
- Durchschnittliche Bearbeitungszeit pro Antrag / Anfrage
- Längste Bearbeitungszeit
- Median der Bearbeitungszeit
- Schnittstellen, die zu einer Verzögerung der Bearbeitung führen können
- Genehmigungsprozess, inkl. Service Level Agreement pro Arbeitsschritt
- Derzeitige Maßnahmen zur Beschleunigung des Genehmigungsprozesses
- Künftig geplante Maßnahmen zur Beschleunigung des Genehmigungsprozesses
- Möglichkeiten der Digitalisierung inkl. Prüfung der „Digitalen Bauakte“
- Möglichkeiten und Potential der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet
- Zieldatum für die Anpassung der Satzung zu den Baugebühren
- Derzeitiger Bearbeitungsstand zur Baugebührensatzung

5.2. **Antrag der Kreistagsfraktionen von FWG, FDP und GRÜNE Situation der Abfallgesellschaften RMD / MTR / RMN**

2018/0522/KT

Herr Esser begründet den Antrag der Kreistagsfraktionen von FWG, FDP und GRÜNE.

Herr Landrat Ulrich Krebs folgt mit einem Redebeitrag.

An der weiteren Debatte nehmen folgende Personen teil:

Herr Seel, Herr Dr. Naas, Herr Dr. Wetzel, Herr Herber, Herr Sitzmann, Herr Landrat Ulrich Krebs, Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft und Herr Herbold.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (10), FDP (8), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
Moses (1), Nowak (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Aktuell befindet sich die Situation der Abfallgesellschaften in der Diskussion. Da wir nun aus der Presse auch noch erfahren mussten, dass die Staatsanwaltschaft Ermittlungen zum Geschäftsbaren eröffnet hat, bitten wir den Kreisausschuss und die Geschäftsführung der Gesellschaften um Beantwortung folgender Fragen in der nächsten HFA Sitzung des Hochtaunuskreises:

1. Wie kann es sein, dass seit 2015 mineralische Stoffe auf der Deponie Wicker angenommen wurden, ohne dass hierfür eine Genehmigung von Seiten des Regierungspräsidiums vorlag? Welche Personen hatten hiervon Kenntnis? Wer hat die entsprechende Entscheidung getroffen?
2. Welche konkreten Aussagen des Regierungspräsidiums liegen und lagen zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Annahme des Materials für diesen Sachverhalt vor?
3. Handelt es sich nach offizieller Einschätzung des Regierungspräsidiums tatsächlich um eine gängige Verwaltungspraxis, dass Mineralik nur aufgrund einer Anzeige durch die RMD, aber ohne abschließende Genehmigung des Regierungspräsidiums angenommen werden darf? Hier ist eine verbindliche Aussage des Regierungspräsidiums einzuholen.
4. Ist die Behauptung der oben genannten Praxis der Geschäftsführung, auch des ehemaligen Geschäftsführers Mehler und der Aufsichtsratsvorsitzenden nach heutigem Kenntnisstand korrekt?
5. Welche Kosten werden auf die Gesellschaften für Umlagerung der verfüllten Materialien zukommen, falls die Genehmigung des Regierungspräsidiums nicht nachträglich erfolgt?
6. Warum wurde nach Bekanntwerden des KPMG-Gutachtens aus dem Jahr 2015, welches die Schieflage der Gesellschaft schon damals beschrieb, nicht von der Geschäftsführung gegengesteuert? Welche Maßnahmen hat der Aufsichtsrat und dessen Vorsitzender unternommen?
7. Warum ist von den gesamten getätigten Investitionen der RMD Gruppe in zusätzliche Anlagen nur die Photovoltaik Anlage auf der Deponie Grix in Offenbach, über die Verbindung RMN, rentabel?
8. Warum wurde auf Brandholz eine zusätzliche Biogasanlage errichtet, obwohl die Größe der Biogasanlage in Wicker sowohl für den Main-Taunus Kreis als auch für den Hochtaunuskreis ausgereicht hätte?
9. Arbeitete die auf Brandholz zuvor in Betrieb genommene Agrogasanlage jemals fehlerfrei und rentabel?
10. Sollten mit dem Bau der weiteren Biogasanlage auf Brandholz evtl. die Fehlinvestition in die oben beschriebene Agrogasanlage und deren Verluste verschleiert oder beschönigt werden?

11. Warum wurde beim Ausarbeiten des Gesellschaftervertrages 1999 nicht darauf geachtet, dass der Nachsorgebedarf in Brandholz wesentlich geringer ist als derjenige in Wicker?

12. Wieso wurde das bekannte Risiko nicht wie dann sicher richtig zu 1/3 zu 2/3 verteilt, sondern 50 / 50?

Wir bitten um Beantwortung der Fragen noch vor der Sommerpause 2018 des Kreistages.

**5.3. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion 2018/0528/KT
Terminplanung zur Haushaltsberatung**

Herr Langnickel begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Anschließend sprechen Herr Jackson und Herr Herber.

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP (8), AfD (7), FWG (5), Nowak (1)
Nein: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (4), Moses (1)
Enthaltung: GRÜNE (5), DIE LINKE. (2)

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt, die Terminplanung der Kreistagssitzungen ab dem Jahr 2019 so zu terminieren, dass zwischen der Einbringung und der Verabschiedung des Haushalts mindestens ein Zeitraum von acht Wochen besteht.

**5.4. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion 2018/0529/KT
Verkauf der Anteile (0,02%) an der Nassauischen Heimstätte**

Herr Langnickel begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:

Herr Dr. Wetzel, Herr Tauber, Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft, Herr Dießner, Herr Dr. Naas, Herr Bernhardt, sowie Herr Lutz, der eine Zwischenfrage von Herrn Bernhardt beantwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP (8), AfD (7), Nowak (1)
Nein: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (9), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Kreisanteil an der Nassauischen Heimstätte, der aktuell 0,02% beträgt und laut Haushaltsplan 2018 zum 31.12.2016 mit 65.460,99 € exakt 17.031 € mehr als im Vorjahr aufweist, im Laufe des Jahres 2018 und mit Wirkung für den Kreishaushalt 2019 zu veräußern.

- 5.5. **Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen** **2018/0533/KT**
Aktueller Sachstand zum Thema Wohnraumversorgung
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE **2018/0533//KT/1**

Herr Brum begründet den Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Anschließend spricht Herr Sechi, der eine Zwischenfrage von Herrn Grupe beantwortet.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Dr. Naas, Herr Dr. Wetzel und Herr Lutz.

Herr Dießner beantragt, den Bericht in der nächsten Sitzung vorstellen zu lassen und kleidet dies in einen Änderungsantrag.

Herr Brum, Herr Karasu und Frau Birk-Lemper beenden mit ihren Wortbeiträgen die Debatte.

2018/0533/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (9), FWG (5), DIE LINKE. (2)
 Nein: CDU (22), SPD (12), FDP (8), AfD (7), Moses (1), Nowak (1)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Unter Berücksichtigung des zu beschließenden Antrages der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen soll der Bericht in der nächsten Sitzung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vorgestellt werden.

2018/0533/KT

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), Moses (1)
 Nein: FDP (8), AfD (7), FWG (5), Nowak (1)
 Enthaltung: GRÜNE (9), DIE LINKE. (2)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt einen Bericht zum Thema Wohnraumversorgung auf Grundlage der Datenerhebung des Regionalverbandes für den gesamten Hochtaunuskreis zu erstellen.

In diesem Bericht sollen die aktuellen und bekannten Rahmenbedingungen des Wohnungsmarktes aufgezeigt werden.

Auf Grundlage der erhobenen Daten soll dann eine Vorausschätzung des künftigen Wohnraumbedarfs und von Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden.

Dieser Bericht soll in einer der nächsten Sitzungen des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vorgestellt werden.

5.6.	Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen „Fair-Trade-Landkreis“	2018/0534/KT
	Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion	2018/0534/KT/1
	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE	2018/0534/KT/2

Herr Brum begründet den Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

Herr Dill begründet den Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Frau Burkart begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Herr Grupe beschließt mit seiner Rede die Debatte, in der Herr Bernhardt noch vorschlägt im Beschlusstenor des Änderungsantrages 2018/0534/KT/2 nicht nur über die Maßnahmen, sondern auch über die Kosten zu berichten.

2018/0534/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (7)
 Nein: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (8), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1),
 Nowak (1)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt, dass der Hochtaunuskreis den Titel „Fair-Trade-Landkreis“ anstrebt. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, was die erforderlichen Schritte dazu sind. Es ist beabsichtigt, dieses Projekt in die Bildung eines bewussten Konsumverhaltens unter besonderer Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsketten zu integrieren.

Die kreiseigene Gesellschaft TMS (TaurusMenüService GmbH) wird nach erfolgter Prüfung und im Zuge der einzuleitenden Schritte verpflichtet, bei allen Produkten wo dies möglich ist auf Alternativen zurückzugreifen, die dem „Fair-Trade“-Gedanken entsprechen.

2018/0534/KT/2 (modifiziert inkl. Kosten)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (8), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1),
 Nowak (1)
 Nein: FDP (8), AfD (7)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, spätestens zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Zwischenbericht über notwendige Maßnahmen und Kosten vorzulegen.

2018/0534/KT (inklusive beschlossener Änderungsantrag)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (8), DIE LINKE. (2), Moses (1), Nowak (1)
 Nein: FDP (8), AfD (7)
 Enthaltung: FWG (5)

gefasster Beschluss

Der Kreistag beschließt, dass der Hochtaunuskreis den Titel „Fair-Trade-Landkreis“ anstrebt. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, was die erforderlichen Schritte dazu sind.

Es ist beabsichtigt, dieses Projekt in die Bildung eines bewussten Konsumverhaltens unter besonderer Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsketten zu integrieren.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, spätestens zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Zwischenbericht über notwendige Maßnahmen und Kosten vorzulegen.

- | | | |
|------|---|--|
| 5.7. | Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
 Radverkehrswegeplan
 Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE | 2018/0535/KT

 2018/0535/KT/1 |
|------|---|--|

Herr Drexelius begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen. Dem im Änderungsantrag vorgeschlagenen Einschub der Kreistagsfraktion GRÜNE „Im ersten Satz des Antragstextes wird nach „Radwegeverkehrsplan“ ergänzt: „samt Maßnahmenplan“ stimmt er zu. Das gleich gilt für die Ergänzung, dass Mittel etc. im Haushalt 2019 einzustellen sind. Vor dem Wort „Mittel“ solle aber noch das Wort „notwendige“ eingefügt werden.

Frau Herr begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE und befürwortet diese Modifizierung.

Anschließend sprechen Herr Dr. Naas, Herr Herber und Herr Landrat Ulrich Krebs.

2018/0535/KT + 0535/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (21), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (8), FWG (4), DIE LINKE. (2), Moses (1), Nowak (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: AfD (6)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, ein Konzept für einen koordinierten und mit den Planungen der Städte und Gemeinden abgestimmten Radverkehrswegeplan samt Maßnahmenplan zu erstellen. Hierbei sollen die Radverkehrswege unter Führung des Naturparks Taunus sowohl den touristischen, wie auch den verkehrlichen, Bedürfnissen Rechnung tragen. Dieser Radverkehrswegeplan soll in die Regionalplanung, insbesondere in Bezug auf die geplanten Radschnellwege, eingebettet werden, wie auch mit HessenMobil zur besseren radverkehrlichen Erschließung der Landes- und Bundesstraßen abgestimmt werden.

Die notwendigen Mittel für die Herstellung des Konzeptes samt Umsetzungsplanung sind im Haushalt 2019 einzustellen.

5.8.	Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen	2018/0536/KT
	Online-Plattform für Hebammen	
	Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion	2018/0536/KT/1
	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE	2018/0536/KT/2

Herr Dr. Sturm begründet den Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen und erklärt seine Zustimmung zu beiden eingereichten Änderungsanträgen.

Frau Schmidt-Fleischer begründet folgenden Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion:

„Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Eine regelmäßige Wartung der Internetplattform ist sicherzustellen. Zudem ist ein Anwendersupport zwecks Nutzung der Plattform einzurichten.

Der Kreisausschuss wird zudem beauftragt, ein Jahr nach Onlinestellung der Plattform, eine Evaluierung dieser vorzunehmen. Hierfür sind vor allem die Trafficdaten der Plattform zu nutzen, sowie eine Kurzumfrage der Anwender insbesondere der Hebammen durchzuführen. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration vorzustellen.“

Frau Herr begründet folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE:

„Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Der Kreisausschuss wird gebeten, eine öffentliche Anhörung der im Hochtaunuskreis tätigen Hebammen in einem geeigneten Rahmen zu ermöglichen, damit eine möglichst zielorientierte Unterstützung ermöglicht werden kann.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, spätestens zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Zwischenbericht über notwendige Maßnahmen mit Bezifferung der Kosten sowie des Umsetzungszeitraumes vorzulegen.“

Anschließend sprechen Frau Dr. Vogel und Herr Dr. Sturm.

2018/0536/KT +0536/1 +0536/2

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (21), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (7), FWG (4), Moses (1), Nowak (1)
 Nein: AfD (6)
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Im Hochtaunuskreis wird eine Internetplattform für Hebammen benötigt. Mit dieser Plattform soll es den werdenden Eltern leichter ermöglicht werden eine Hebamme zu finden. Darüber hinaus ist es für die stark belasteten Hebammen eine deutliche Arbeitserleichterung.

Der Kreisausschuss wird beauftragt die Implementierung einer Internetplattform, auf der die Verfügbarkeit der Hebammen im Hochtaunuskreis ersichtlich wird, zu initiieren.

Eine regelmäßige Wartung der Internetplattform ist sicherzustellen. Zudem ist ein Anwendersupport zwecks Nutzung der Plattform einzurichten.

Der Kreisausschuss wird zudem beauftragt, ein Jahr nach Onlinestellung der Plattform, eine Evaluierung dieser vorzunehmen. Hierfür sind vor allem die Trafficdaten der Plattform zu nutzen, sowie eine Kurzumfrage der Anwender insbesondere der Hebammen durchzuführen. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration vorzustellen.

Der Kreisausschuss wird gebeten, eine öffentliche Anhörung der im Hochtaunuskreis tätigen Hebammen in einem geeigneten Rahmen zu ermöglichen, damit eine möglichst zielorientierte Unterstützung ermöglicht werden kann.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, spätestens zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Zwischenbericht über notwendige Maßnahmen mit Bezifferung der Kosten sowie des Umsetzungszeitraumes vorzulegen.

- 5.9. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2018/0537/KT**
Intensivklassen im Hochtaunuskreis
Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion **2018/0537/KT/1**

Frau Burkart begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Frau Dr. Vogel begründet den Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Anschließend ergreift Herr Schneider das Wort und noch einmal Frau Dr. Vogel.

2018/0537/KT/1

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (6), Nowak (1)
 Nein: CDU (21), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (7), FWG (4)
 Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit über die aktuelle Situation der „Intensivklassen“ im Hochtaunuskreis zu berichten.

Dabei sollen unter anderem folgende Themenbereiche erläutert werden:

1. Anzahl und Schulen mit Intensivklassen
2. Klassengröße
3. Qualifikation des Lehrpersonals
4. Engpässe im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer für das Fach "Deutsch als Zweitsprache"
5. Weiterer Werdegang der Schülerinnen und Schüler nach dem Verlassen der Klassen
6. Eine Vorlage der Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler nach Nationalität
7. Die Anzahl der Lehrerinnen und / oder Lehrer pro Klasse
8. Die Anzahl der angebotenen Alphabetisierungskurse
9. Eine Aufstellung der Kosten, die Intensivklassen / Alphabetisierungskurse verursachen.

2018/0537/KT**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (21), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (7), AfD (6), FWG (4), Nowak (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Freizeit über die aktuelle Situation der „Intensivklassen“ im Hochtaunuskreis zu berichten.

Dabei sollen unter anderem folgende Themenbereiche erläutert werden:

1. Anzahl und Schulen mit Intensivklassen
2. Klassengröße
3. Qualifikation des Lehrpersonals
4. Engpässe im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer für das Fach „Deutsch als Zweitsprache“
5. Weiterer Werdegang der Schülerinnen und Schüler nach dem Verlassen der Klassen

5.10.	Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE	2018/0538/KT
	Mobil ohne Automobil	
	Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion	2018/0538/KT/1
	Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen	2018/0538/KT/2

Herr Dr. Albrecht begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Herr Münch begründet den Änderungsantrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Herr Fischer begründet folgenden Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen:

„Der Kreisausschuss wird gebeten in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bauen, Planung, Verkehr und Umwelt die bisherigen Aktivitäten zur Schülermobilität innerhalb des Hochtaunuskreises vorzustellen. Der Fokus soll hierbei auf alternativen Verkehrsformen zum Individualverkehr liegen. Insbesondere soll der Bericht folgende Punkte enthalten:

- Die *Busschule* des RMVs
- Das *Fachzentrum schulisches Mobilitätsmanagement* der ivm
- Sowie ein Überblick über weitere Aktivitäten des Kreisausschusses
- Vorstellung der Initiativen „walking-bus“ und „Gescheid-mobil“

Im Anschluss der gehaltenen Vorträge einigen sich die Antragssteller und die CDU/SPD-Kreistagsfraktionen auf einen modifizierten Änderungsantrag 2018/0538/KT/2, der dann so zur Abstimmung gelangen soll.

2018/0538/KT/2**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (20), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (7), FWG (4),
 Nein: ./.
 Enthaltung: AfD (6), CDU (1), Nowak (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt die bisherigen Aktivitäten zur Schülermobilität innerhalb des Hochtaunuskreises vorzustellen.

Außerdem sollen dabei die Initiativen „walking-bus“ und „Gescheid-mobil“, ein Überblick über die weiteren Aktivitäten des Kreisausschusses sowie das "Fachzentrum schulisches Mobilitätsmanagement der ivm" vorgestellt werden.

2018/0538/KT/1**Abstimmungsergebnis:**

Ja: AfD (6)
 Nein: CDU (21), SPD (12), GRÜNE (8), FDP (7), FWG (4)
 Enthaltung: Nowak (1)

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, Konzepte zu Programmen wie „walking bus“ in den Kommunen des Hochtaunuskreises zu unterstützen und ggf. zu koordinieren.

Dabei sollen die Organisation und die Durchführung solcher Konzepte weiterhin auf der Ebene der Kommunen und der jeweiligen Schulen verbleiben.

Da diese Konzepte auf freiwilliger Mitarbeit beruhen, ist kein Finanzbedarf zu ermitteln.

2018/0538/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassung des Änderungsantrages)**

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, ein Konzept zur autofreien Mobilität der Schülerinnen und Schüler des Hochtaunuskreises zu erstellen. Hierbei soll auf die Erfahrungen der Kommunen des Hochtaunuskreises und anderer Kommunen (z.B. Stadt Osnabrück ("walking bus") oder München ("Gscheid mobil")) zurückgegriffen werden.

Ziel sollte eine flächendeckende Einführung eines "walking bus"-Programmes an den Grundschulen des Hochtaunuskreises sowie die Förderung und Attraktivierung von Fahrradfahrten insbesondere zu den weiterführenden Schulen sein, jeweils in Kooperation mit den jeweiligen Schulen, der Elternbeiräte sowie gegebenenfalls der Polizei.

Zudem ist der Finanzbedarf zu ermitteln.

Das Konzept soll in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bauen, Planung, Verkehr und Umwelt vorgestellt werden.

- 5.11. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2018/0539/KT**
Konzept des Hochtaunuskreises zur Förderung von E-Mobilität

Folgender Antrag wird vertagt

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein landkreisweites Konzept zur Förderung von E-Mobilität zu erstellen.

Ziel des Konzeptes soll es sein:

1. Förderung von Angeboten für Elektroautos
2. Förderung von Angeboten für Elektrofahrräder, insbesondere Ausbau von Ladestationen
3. Koordinierung und Vernetzung von kommunalen Angeboten mit den Angeboten des Hochtaunuskreises
4. Plattform zum Erfahrungsaustausch
5. Koordinierung von Förderanträgen

Das Konzept soll die überörtliche Planung, eine Priorisierung von Maßnahmen und deren zeitlichen Umsetzungshorizont darstellen.

Das Konzept soll dem Ausschuss für Bauen, Planung, Verkehr und Umwelt rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen vorgestellt werden.

- 5.12. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2018/0540/KT**
Vereinfachung der Verfahren im Bereich der Kindertagespflege

Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2018/0540/KT/1**

Folgende Anträge werden vertagt:

2018/0540/KT/1

Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Bericht zum Thema Kindertagespflege in diesem Jahr im Ausschuss für Soziales vorzulegen. Der Bericht soll folgende Punkte berücksichtigen:

- Bericht über die Gesprächsinhalte mit der Interessengemeinschaft Kindertagespflege
- Möglichkeiten und finanzielle Auswirkungen der pauschalisierten Geldleistung für die Tagespflegepersonen und bei pauschalisierten Elternbeiträge für die Eltern
- Ausschluss der privaten Zuzahlungen durch die Eltern
- Mögliche Berücksichtigung der Befreiung von Betreuungsgebühren für Kinder von 3 – 6 Jahren analog der Kostenbefreiung in den Kindertagesstätten
- Aufnahme der BEP-Förderung (Bildungs- und Erziehungsplan) für Tagespflegepersonen in der Satzung Kindertagespflege
- Finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt
- Verteilung der Tagespflegepersonen auf die Städte und Gemeinden im Kreis
- Finanzielle Unterstützungen der einzelnen Städte und Gemeinden für die Tagespflege

2018/0540/KT

Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Satzungsänderung für den Bereich der Kindertagespflege vorzulegen, die folgende Änderungen vorsieht:

6. Pauschalierung der Abrechnung anhand des Betreuungsvertrages

7. Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes für die Verwaltung des Hochtaunuskreises, für die Tagesmütter und Tagesväter, sowie für die Eltern.

Die Satzungsänderung soll mit den beteiligten Tagespflegepersonen abgestimmt werden, deren Erfahrungen und Vorschläge sollen in einem Anhörungsverfahren diskutiert und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Die Satzungsänderung sowie mögliche haushaltsrechtliche Auswirkungen sollen rechtzeitig den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung spätestens vor den Haushaltsberatungen vorgelegt werden.

6. Einführung und Verpflichtung einer/eines ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Der Kreistagsvorsitzende Herr Jürgen Banzer führt Frau Dr. Charrier in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben.

Anschließend überreicht Herr Landrat Ulrich Krebs die Ernennungsurkunde mit Wirkungsdatum vom 14. Mai 2018.

Frau Dr. Charrier leistet vor dem Kreistagsvorsitzenden den Eid ab.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenloser Abge-
ordneter

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer